

EUROPAISCHE REGIONAL-ORGANISATION

des I.B.F.G.

GEWERKSCHAFTS-KONFERENZ

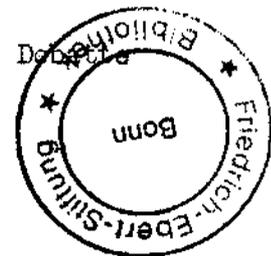
FÜR DIE WIEDERBELEBUNG DER EUROPÄISCHEN IDEE

Brüssel, 25. - 27. August 1955

Gekürzter Bericht

TAGESORDNUNG

- 1) Eröffnungsrede des Präsidenten der E.R.O.
- 2) Allgemeine Aspekte der europäischen Integration.
Referent : W. Schevenels
- 3) Verkehrsintegration :
Referent: - P. Tofahrn
- 4) Energiewirtschaftl. Integration :
Referent : K. Osterkamp
- 5) Integration der Atomenergie:
mündlicher Bericht über die Ergebnisse aus der
Konferenz von Genf
von L. Rosenberg und K. Osterkamp
- 6) Bestimmung der drei folgenden Kommissionen :
 - a) allgemeine Aspekte der europäischen Integration
 - b) Verkehrsintegration
 - c) Energiewirtschaftliche Integration (einschliessl. Atom-
energie)Der 26. August wird den Sitzungen der Kommissionen vorbehalten.
- 7) Berichte der Kommissionen (am 27. August) und allgemeine Dohet
ihrer Schlussfolgerungen.
Evtl. Annahme einer oder mehrerer Resolutionen.
- 8) Schluss der Konferenz.



Anwesenheitsliste siehe Anlage

1. Sitzungstag - 25. August 1955

Vormittagssitzung

Im Vorsitz : C. J. GEDDES
(Gr.-Britannien)

Der Vorsitzende, C. J. GEDDES, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr, begrüsst die Delegierten der Landeszentralen und heisst insbesondere die Vertreter der OEEC, des EPA, des Europarates, des Internationalen Arbeitsamtes, der Hohen Behörde der EGKS, des Verbindungsbüros und des XXI-Ausschusses der Montanunion, die Sozial-Attachés der deutschen, britischen, niederländischen und US-Botschaften, die Delegierten der internationalen Gewerkschaftsverbände der Bauarbeiter, der Angestellten und Techniker, der Bergarbeiter, der Oeffentlichen Dienste, des Transports, der Metallarbeiter und den Generalsekretär des IBFG, J.H. Oldenbroek, willkommen.

Der Vorsitzende unterstreicht in seinen einleitenden Worten die Bedeutung und die Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz, deren Zweck darin liegt, die praktischen, von der Gewerkschaftsbewegung im Hinblick auf die Wiederbelebung der europäischen Idee anzuwendenden Mittel eingehend zu überprüfen und die Basis für eine verstärkte Teilnahme an den Projekten der europäischen Integration zu schaffen. Er betont die Analogie unserer Bestrebungen zu der in Messina durch die Minister der Montanunion-Länder angenommenen Resolution. Es besteht jedoch ein Unterschied in der Formulierung der Zielsetzungen. Wir müssen der Arbeiterklasse Europas ein neues Ideal geben, dabei jedoch alle Zielsetzungen vermeiden, die nicht verwirklicht werden können und die nur falsche Hoffnungen wecken würden. Diese Aufgabe erfordert grosse Anstrengungen und eine weitgehende Konzessionsbereitschaft.

Der Vorsitzende geht darauf zur Verfahrensfrage über. Er schlägt vor, Punkt 2 der Tagesordnung zu behandeln und gleichzeitig den vom Generalsekretär der ERO, W. Schevenels, vorgelegten Erklärungsentwurf durchzusprechen. Er ersucht die Mitglieder, diesbezügliche Aenderungsvorschläge den zuständigen Kommissionen schriftlich zu unterbreiten.

Das gleiche Verfahren wird für die Punkte 3, 4 und 5 der Tagesordnung angewandt.

Der Vorsitzende bittet dann um Nominierung von Mitgliedern für die "Allgemeine Kommission", die "Kommission für Transport" und für die "Energie-Kommission".

L. ROSEBERG (Deutschland) schlägt die Annahme einer einzigen Resolution auf der Samstagssitzung vor.

A. TENARD (Belgien) gibt zu erwägen, ob die Zahl der Kommissionen ausreichend ist und hält es für angemessen, eine vierte Kommission zu bilden, die damit betraut werden soll, die sozialen Aspekte der Integration gründlich und eingehend zu überprüfen.

- 3 -

A. GRAEDEL (Schweiz) unterstützt im Prinzip den Vorschlag des Kollegen Renard, befürchtet jedoch, dass die Bildung einer vierten Kommission die Konferenzarbeit selbst zu stark belastet. Er schlägt deshalb vor, dass die "Allgemeine Kommission" sich besonders mit dem Studium der sozialen Probleme der europäischen Integration befassen soll.

G. PASTORE (Italien -CISL) stimmt A. Renard zu, ist aber ebenfalls der Ansicht, dass die Studie der sozialen Aspekte der "Allgemeinen Kommission" übertragen werden sollte.

W. SCHEVENELS (ERO) ist mit dieser Lösung einverstanden. Er bemerkt jedoch, dass es unmöglich ist, die technischen und wirtschaftlichen Aspekte der europäischen Integration aussseracht zu lassen. Gerade auf sie müssten sich die Bemühungen konzentrieren, wenn man praktisch überhaupt etwas positives erreichen will. Selbstverständlich müssten gleichzeitig die sozialen Forderungen der Arbeitnehmerschaft gestellt werden.

A. RENARD (Belgien) bemerkt, dass für die Behandlung der technischen und wirtschaftlichen Aspekte Fachleute vorhanden sind. Dagegen sollte die Konferenz vom sozialen Gesichtspunkt aus Richtlinien erteilen, die sonst niemand in Europa geben würde.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Frage der sozialen Aspekte der europäischen Integration unter Abschnitt V der Erklärung, die sich auf soziale Fragen bezieht, zu behandeln.

Die Konferenz gibt ihre Zustimmung.

Daraufhin erteilt der Vorsitzende das Wort dem Generalsekretär der ERO, W. Schevenels, um die allgemeinen Aspekte der europäischen Integration darzulegen.

W. SCHEVENELS weist zunächst auf seinen schriftlichen Bericht hin. Um Zeit zu sparen, möchte er die dort gemachten Ausführungen hier nicht wiederholen sondern nurmehr folgende Gedankengänge hervorheben. Zwischen einer Reihe von Ländern bestehen Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Form der europäischen Integration. Diese Schwierigkeiten und Divergenzen finden sich leider auch unter uns selbst. Wir kennen die Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Europas der Sechs, der Sieben, der Neun oder der Fünfzehn und die seit 1948 durchgemachten Wechselfälle bei den Versuchen, zu einer grösseren Koordinierung auf den verschiedensten Gebieten zu gelangen. Wir wissen darüber hinaus von dem Misslingen anderer Integrationsprojekte, wie z.B. der Agrar-Union. Man behauptet, und ich glaube mit Recht, dass Europa täglich im Werden begriffen ist; aber die jetzige Entwicklung ist viel zu langsam, um das gesetzte Ziel rechtzeitig zu erreichen. Dabei hat die Arbeiterklasse bei diesem schleppenden Tempo kaum einen Nutzen davon. Andererseits kann man jedoch vom sozialen Gesichtspunkt aus keine Fortschritte erwarten, wenn nicht die technischen und wirtschaftlichen Fragen gelöst

sind. Deshalb ist es notwendig, dass die europäischen Gewerkschaften die praktischen Möglichkeiten, die sich heute für einen neuerlichen Schritt zur Integration bieten, aufzeigen.

Die Resolution von Messina sieht die Durchführung von Studien vor, die derzeit im Gange sind und deren Ergebnisse einer allgemeinen Konferenz im Oktober unterbreitet werden sollen. Um in der Lage zu sein, den Standpunkt der Arbeitnehmerschaft zu Gehör zu bringen und auf die Ministerbeschlüsse dieser Konferenz einzuwirken, ist es unerlässlich, dass die europäische Gewerkschaftsbewegung sich unverzüglich zu diesen Problemen äussert. Zu diesem Zweck haben wir uns mit P.H. Spaak, dem Präsidenten des Ministerausschusses, in Verbindung gesetzt, um zu verlangen, dass zu den mit diesen Studien betrauten allgemeinen oder Sonderkommissionen von den Gewerkschaftsorganisationen benannten Experten zugelassen werden. Weiterhin haben wir darauf gedrungen, dass die einzelnen Regierungen in ihren nationalen Delegationen einen oder mehreren Gewerkschaftsdelegierten mit einschliessen. Der Ministerrat hat unser erstes Ansuchen unter dem Vorwand zurückgewiesen dass sich die Kommissionen bisher nur mit den Inventar der Fragen befasst haben und noch nicht an die eigentliche Lösung der Probleme herangegangen sind. Die Frage, ob die nationalen Delegationen Gewerkschafts-Experten aufnehmen werden, ist noch in der Schwebe.

Funmehr stellt sich die Frage, wie wir auf nationaler und internationaler Ebene vorgehen können, um zur Durchführung und Mitwirkung an den derzeit erwogenen Regierungsprojekten bezüglich des Transport- und Energiewesens zu gelangen. Vor allem müssen wir die öffentliche Meinung für diese Probleme interessieren. Wir müssen an die Bevölkerungsschicht appellieren, die am besten die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsintegration begreift, nämlich an die Arbeitnehmerschaft.

W. Schevenels betont dann die ausserordentliche Bedeutung der Bildung eines gemeinsamen Marktes in Europa. Man muss deshalb bestrebt sein, die in jedem Land vorhandenen Widerstände zu bekämpfen, um das eine oder andere der durch die Messina-Konferenz aufgegriffenen Projekte anzukurbeln. Wenn einmal die Regierungen einen Weg eingeschlagen haben, wird für uns der Augenblick kommen, um die Forderungen der Arbeitnehmerschaft zu stellen.

Der Redner behandelt dann die Frage, ob nur eine generelle Integration angestrebt werden soll oder ob auch zeitweise Teilintegrationen betrieben werden sollen in der Erwartung, dass später günstige Umstände eintreten, um dann auf die generelle Integration überzugehen. Man muss sich bewusst sein, dass Teil-Integrationen gewisse Gefahren in sich schliessen. Wenn sie zu lange isoliert bleiben, haben sie unvermeidlich zur Folge, andere Sektoren der Wirtschaft zu desintegrieren. Die Resolution von Messina sieht ausser den Teilintegrationen des Transport- und Energiewesens auch die allmähliche Schaffung eines gemeinsamen Marktes für alle Erzeugnisse vor. Wenn das durchgeführt werden könnte, wäre dies zweifellos die bessere Lösung. Die Schwierigkeiten jedoch sind so gross auf diesem Gebiet, dass man sich mit Recht fragen darf, in wie weit die Messina-Regierungen es mit diesem letzten Vorschlag ernst meinen.

Auch ist die Frage noch offen, welche Form man der Teil-Integration auf dem Gebiet des Transports und der Energie zu geben beabsichtigt. Kollege Tofahrn kann darüber Aufschluss geben, wie sich die Regierungen ihr Transportwesen als Mittel des Wirtschaftskrieges benützen. Die Regierungen können daher hier den Beweis erbringen, dass sie bereit sind, den Wirtschaftskrieg gegeneinander aufzugeben und aufrichtig an der europäischen Vereinigung zu arbeiten, denn für eine schnelle Integrierung des europäischen Transportes sind die technischen Bedingungen zweifellos vorhanden.

Dass die Bildung eines gemeinsamen Marktes für Europa für seine künftige Entwicklung notwendig und dringend ist, braucht nicht mehr betont zu werden. Jeder Tag, der ungenützt verstreicht, vergrößert unsere Unterlegenheit gegenüber den zwei anderen Wirtschaftsböcken. Wir dürfen die uns jetzt gegebene Gelegenheit, die sich vorbereitenden Entscheidungen bezüglich der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes, der Transportgemeinschaft, der Energiegemeinschaft, und der Entwicklung der Atomenergie zu beeinflussen, nicht entgehen lassen

A. BENARD (Belgien) ist der Ansicht, dass der derzeitige Status der Kohle- und Stahlgemeinschaft nicht zufriedenstellend ist. Die EGKS scheine sich in aller Stille zu einem Kartell zu entwickeln. In seiner derzeitigen Fassung scheine das EGKS-Abkommen ein Hindernis wirklicher europäischer Zusammenarbeit zu sein. Die Messina-Verhandlung habe ebenfalls nicht das gebracht, was wir erhofft hatten, obschon die Artikel II und III der Resolution, die sich auf die Hebung des Lebensstandards beziehen, brauchbar sind. Damit die dort enthaltenen Prinzipien auch wirklich zur Anwendung gelangen, ist es wichtig, dass die freien Gewerkschaften in gemeinsamen Anstrengungen in dieser Richtung wirken. Dabei sollte das Hauptgewicht auf die sozialpolitische Seite gelegt werden. Es sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften, die Wirtschaft eines Landes zu organisieren, aber es sei ihre Pflicht, Forderungen einzubringen, die die Wirtschaft zwingend beeinflussen.

Die Schuld für das häufige Versagen internationaler Besprechungen liege meist beim nationalen Egoismus. Was die freien Gewerkschaften betrifft, so müssen diese bereit sein, die ihnen zufallenden Risiken im Zuge der Integration zu übernehmen, vorausgesetzt, dass sie auf sozialer Ebene Gehör finden. Ohne die Gewissheit einer internationalen Solidarität der freien Gewerkschaftsorganisationen aber würden die Aussichten auf Erfolg von vornherein gleich Null sein.

L. ROSENBERG (Deutschland) ist mit A. Benard einig, wenn dieser meinte, dass die soziale Integration von der wirtschaftlichen nicht zu trennen sei. Es sei daher von entscheidender Wichtigkeit, dass die freien Gewerkschaften an der wirtschaftlichen Entwicklung des neuen Europa mehr als bisher beteiligt werden. Die gewerkschaftlichen Forderungen können dann durchgesetzt werden, wenn die Gewerkschaften in der Lage sind, auf ihre Regierungen entsprechenden Einfluss auszuüben. Auf europäischer Ebene sei in diesem Zusammenhang die internationale Solidarität der nationalen Gewerkschaften wichtig.

Der Sprecher könne sich jedoch eines Gefühls nicht erwehren, als ob man ein Europa möchte, sofern dieses einzelnen Staaten keine Nachteile bzw. keine Vorteile bringe. Daher der Ausweg zur funktionellen Integration. Und aus dem gleichen Grunde habe auch die EOKS bis heute nicht die Befugnisse erhalten, die sie wirklich zu einer Hohen Behörde oder supra-nationalen Behörde mache, was zur Folge habe, dass die Aufgaben, die eigentlich dieser Hohen Behörde zukämen, von einem internationalen Privatkartell in dessen Sinne erledigt werden.

Auch bei den Gewerkschaften seien die nationalen von den internationalen Interessen nicht zu trennen. Solange keine realistische europäische Konzeption zustande komme, solange werden die Gewerkschaften der Politik der einzelnen Staaten nachhinken.

L. Rosenberg kommt dann auf die Problematik der Teilintegration und auf die machtpolitische Voraussetzung einer stärkeren Vertretung der Gewerkschaften bei sämtlichen Integrationsverhandlungen auf Regierungsebene zu sprechen. Vor allem dürften die Gewerkschaften nicht Sklaven der nationalen Wirtschaftspolitik werden und diese nicht unterstützen, wenn sie auf internationaler Ebene unserer Gewerkschaftspolitik entgegensteht.

T. YATES (Gross-Brit.) weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich aufgrund der Verantwortung, die es bezüglich seines Commonwealth und der Sterlingzone im allgemeinen zu tragen hat, sich tatsächlich in besonderen Verhältnissen befindet. Was die Immigration von Fremdarbeitern in Grossbritannien anbelangt, erklärt Kollege Yates, dass zwischen 1947 und 1954 insgesamt 364.000 ausländische Arbeiter eine Arbeitslaubnis erhalten haben. Darüber hinaus wurde etwa 1 Million irländischer Arbeiter in Grossbritannien aufgenommen.

Bezüglich der Beziehungen Grossbritanniens zu der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl erinnert Kollege Yates an die vor kurzem stattgefundenene Sitzung in London, auf welcher eine Basis für eine engere Zusammenarbeit gesucht wurde. Persönlich erscheine es ihm dagegen unmöglich, sich mit dem Gedanken einer übernationalen Behörde vertraut zu machen, die die politische Integration Europas zum Ziel haben soll. Die britische Delegation kann ihre Zustimmung zu einigen der in dem unterbreitenden Erklärungsentwurf enthaltenen politischen Zielen nicht erteilen. Erst eine engere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern wird es langsam und allmählich ermöglichen zu einer politischen Integration zu gelangen. Die britische Delegation könne nicht alle Punkte der vorliegenden Erklärung akzeptieren und werde daher einige Abänderungsvorschläge unterbreiten.

CH. VEILLON (F.O. -Frankreich) bedauert, dass einige europäische Integrationsversuche, wie die Agrar-Union z.B., zum Misslingen verurteilt waren und erklärt, dass er mit den Schlussfolgerungen des Kollegen Leonard bezüglich der Montanunion vollkommen einig sei. Der Kollege Veillon warnt vor der Gefahr, die für manche Länder dadurch entstehen würde, wenn sich bei Aufhebung der Zollschränken im Rahmen

- 7 -

des kapitalistischen freien Wettbewerbs auf diese die schlechteren Arbeitsbedingungen in anderen Ländern auswirken. Unsere Aufgabe ist es, Mittel zu suchen, diese Arbeitsbedingungen einander anzugleichen und den Lebensstandard der Arbeitermassen zu sichern und zu verbessern.

Die Regierungen scheinen nun mehr der gemeinsamen Nutzung der Energiequellen und Transportmittel zuzustimmen. Zwar müsse gefordert werden, dass die Gewerkschaften auch bei der Behandlung der technischen Probleme zugezogen werden, es ist aber von besonderer Bedeutung, dass man sich in der Hauptsache mit den sich daraus ergebenden sozialen Aspekten befasst. Die von der gegenwärtigen Konferenz anzunehmende Resolution soll nicht nur unsere diesbezüglichen Forderungen gegenüber den Regierungen präzisieren, sondern auch ganz besonders darauf abzielen, die weitesten Bevölkerungsschichten für die Ziele unserer Gewerkschafts-Internationale zu gewinnen.

Der Vorsitzende schliesst die Vormittagssitzung um 13.00 Uhr.

Nachmittagssitzung - 25.8.1955

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr und erteilt dem Kollegen H. OOSTERHUIS das Wort.

H. OOSTERHUIS -(NW-Niederlande) schliesst sich grundsätzlich den Bemerkungen W. Schevenels bezüglich der allgemeinen Aspekte der europäischen Integration und der Bildung eines gemeinsamen Marktes an. Er erklärt, dass die holländischen Gewerkschaften die Formel der über-nationalen jener einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit vorziehen. Vor allem müsse die Integration auf dem Gebiet der Atomenergie durch eine über-nationale Behörde durchgeführt werden. Um eine engere Zusammenarbeit zwischen allen Wirtschaftssektoren zu gewährleisten, wäre es erforderlich, einen Hohen Rat zu bilden, der die Tätigkeiten der verschiedenen über-nationalen Gemeinschaften koordiniert.

Seiner Ansicht nach ist es unmöglich, die sozialen Bedingungen bereits vor der europäischen Integration zwischen den verschiedenen Ländern zu harmonisieren. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die holländischen Kollegen sich einer grösseren Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern entgegenstellen. Die holländischen Gewerkschaften sind der Meinung, dass die Gewerkschaftsbewegung auf allen Ebenen an allen Diskussionen über die europäische Integration teilnehmen müsste. Sie halten die über-nationale Integration auch deswegen für die beste Lösung, weil diese die volle Entwicklung des gewerkschaftlichen Einflusses in den hierzu gebildeten Organismen am ehesten gewährleistet.

G. PASTORE (CISL - Italien) erklärt, dass nur die Integration die politischen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des heutigen Europa lösen könne. Eine nur auf bestimmte Sektoren begrenzte Integration könne die schwerwiegendsten Probleme unseres Kontinents allerdings nicht lösen. Es ist daher notwendig, einen mit Handelsfreiheit, freier Kapital- und Arbeitskraftmobilität ausgestatteten gemeinsamen Markt zu schaffen. Wir müssen bei den Regierungen darauf bestehen, dass die Vertreter der Arbeitnehmer zu den Beratungen, die sich nach der Messina-Konferenz ergeben, hinzugezogen werden. Wir müssen uns vorbereiten, den Schwierigkeiten erfolgreich entgegenzutreten, die uns die anderen Interessengruppen zweifellos bereiten werden und beweisen, dass innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine einheitliche Auffassung bezüglich der Integration Europas herrscht. Gleichzeitig können wir uns aber nicht dem technischen Fortschritt entgegenstellen, der allein, bei entsprechender Wachsamkeit auf unserer Seite, die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer verbessern kann.

Kollege Pastore bezweifelt die These des Kollegen Renard, nach welcher die Gewerkschaften in Zusammenhang mit der europäischen Integration nur eine fordernde Rolle spielen soll. Wir würden dabei Gefahr laufen, ins Schlepptau der Kapitalisten zu geraten in deren Hände die Bildung des neuen Europa gegeben wäre. Nach seiner Ansicht müssen wir die genauen Ziele festlegen und als Bahnbrecher am gesamten Prozess zur Einigung Europas teilnehmen und uns nicht damit zufrieden geben, die Initiative der Regierungen oder anderer Gruppen abzuwarten.

Der Redner schliesst mit den Worten, dass die progressive Integration aller Wirtschaftssektoren und die Bildung einer über-nationalen Behörde vorgenommen werden müsse. Dann wird Europa eine entscheidende Rolle auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene und bei der Verteidigung des Friedens spielen.

A. GRAEDEL (Schweiz) hält die Ausführungen des Kollegen W. Schovenels für sehr konstruktiv. Die Integration vollziehe sich mit oder ohne uns, und daher könne die Gewerkschaftsbewegung auf keinen Fall absichtslos stehen. In der Resolution solle zum Ausdruck gebracht werden, dass die freien Gewerkschaften die wirtschaftliche Integration als notwendig erachten, dass aber aus dieser Feststellung nicht etwa eine bedingungslose Zustimmung abgeleitet werden dürfe. Die freien Gewerkschaften bestehen darauf, dass ihnen die geforderten Garantien auf sozialem Gebiet gegeben werden. Es sei wichtig, dass wir nicht zu spät kommen, sondern noch unseren Einfluss geltend machen können, bevor die Regierungen die Formen der Integrations-Institutionen ausgearbeitet haben.

Abschliessend besteht Kollege Graedel darauf, dass die Gewerkschaften Garantien erhalten, die ihre Rechte und ihre Autonomie wahren. Wir wollen keine gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch eine über-nationale Behörde, die die Gewerkschaftskompetenzen begrenzt.

J. H. OLSENDRÖEK (Generalsekretär des IBFG) hat geglaubt es wäre überflüssig, unter Gewerkschafter zugunsten der europäischen Idee

plädieren zu müssen und war der Meinung, dass den von der Konferenz zur Durchführung vorgeschlagenen Zielsetzungen mit Begeisterung zugestimmt werde. Er sei enttäuscht, dass die Diskussion bisher keine allgemeine Übereinstimmung über die Mittel und Wege zur Verwirklichung der europäischen Vereinigung gebracht habe. Er erinnert daran, dass Europa bereits einmal, im Jahre 1947, durch den Marshall-Plan gerettet worden ist, wenn auch diese Hilfe nicht immer zum Nutzen des europäischen Gedankens verwandt worden ist. Jetzt, da sich die Spannung in der Welt verringert und die ideologischen Divergenzen nicht mehr so sehr die internationalen Beziehungen stören, ist der Augenblick gekommen, sich zu fragen welches Schicksal der Arbeiterklasse Europas vorbehalten ist. Es ist wesentlich, sich über die Wichtigkeit der Beschlüsse, die wir zu treffen haben, klar zu sein. Man dürfe nicht vergessen, dass, wenn wir nicht in der Lage sind, die europäische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Produktion und Verteilung zu fördern, wir unfähig sein werden, irgendwelche Fortschritte zu machen, und wir werden niemals in Sicherheit sein. Ein weiterer Punkt, den die Konferenz zu berücksichtigen hat, ist der der sozialen Verbesserungen, die sich aus den Integrationsmassnahmen ergeben müssten.

Seit Jahren spielen die Regierungen mit der europäischen Idee und geben immer wieder Versprechungen, die sie nicht erfüllen. Es ist daher unerlässlich, dass sich alle demokratischen Kräfte Europas vereinigen, selbst wenn wir dabei auch mit Arbeitgebern zusammenarbeiten müssen um dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen alles nur mögliche tun, um die Regierungen dazu zu bringen, in dem von uns gewünschten Sinne zu handeln. Es handelt sich heute nicht mehr um die Frage, ob die europäische Integration technisch möglich ist. Sie ist notwendig! Wenn es uns nicht gelingt, alle von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, wird es bald zu spät sein. Bis jetzt waren wir stets im Rückstand und haben immer zu wenig getan. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden uns die Arbeiter Europas später dafür verantwortlich machen.

W. SCHEVENELS (EPO) schliesst sich der Erklärung des Kollegen Oldenbroek an: Wir dürfen uns nicht zum Pessimismus verleiten lassen. Wir müssen die uns zufallende ungeheure Aufgabe mit Vertrauen und Optimismus angehen. Wir müssen alles tun, um alle fortschrittlichen Kräfte Europas für diese Aufgabe zu gewinnen.

Wir wissen, dass es Länder gibt, die der Meinung sind, dass für sie die europäische Vereinigung nicht so dringlich ist und dass sie gegenüber anderen Gemeinschaften Verpflichtungen haben. Wir sollten mit unseren diese Länder vertretenden Freunden darüber diskutieren und ihnen verständlich machen, welches vordringliche Interesse sie haben: sich mit den anderen zu vereinigen, um dadurch Europa zu stärken und es ihm zu ermöglichen, seine bahnbrechende Rolle des sozialen Fortschritts zu spielen; dann könnten diese Länder ihre Aufgabe in den anderen Gemeinschaften noch viel fruchtbringender erfüllen. Wenn Europa zugrunde gehen sollte - das dürfen diese Länder nicht vergessen - werden sie unfähig sein, sich allein zu helfen.

Der Vorsitzende schlägt vor, zu Punkt 3 der Tagesordnung überzugehen und erteilt dem Kollegen TOFAHÉN, dem Delegierten des Internationalen Transportarbeiterverbandes, das Wort.

- 10 -

P. TOFAHRN stellt mit Genugtuung fest, dass nach dem bisher Gehörten der I.T.V. in seinen Integrationsbestrebungen auf Unterstützung rechnen kann. Es genüge jedoch nicht, die blosse Mehrheit zu erreichen, sondern es müsse bezüglich einer europäischen Transportgemeinschaft Einstimmigkeit herrschen. Auf dem Sektor des Transportwesens besteht eine Vielzahl von Organisationen, was allein schon die Notwendigkeit einer engeren internationalen Zusammenarbeit deutlich mache. Wenn einige Länder sich ausschliessen, würden Schwierigkeiten entstehen. Der Transportsektor sei reich an Konfliktstoff, man brauche nur an den Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Häfen denken. Die einzelnen Regierungen unterstützen, indem sie Eisenbahn- und Schifffahrtstarife, sowie Brennstoffpreise usw. manipulieren, ihre eigenen Unternehmen. All dies habe schwerwiegende Folgen für die Arbeitnehmerschaft. Die Unwirtschaftlichkeit der nationalen Organisationen wird noch dadurch verstärkt, dass der Konkurrenzkampf zu einer Ueberskapazität des Transportwesens führt. Dadurch entstehen auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler hohe Defizite und Transportkosten, die schliesslich zu einer Verschlechterung der Position der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen und zur Gefahr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in einigen Ländern führen. Dies alles könnte bei einer rationellen und internationalen Zusammenarbeit vermieden werden.

Die Neuregelung des europäischen Transportwesens ist an drei Voraussetzungen gebunden:

- 1) Gemeinsame Verwaltung des europäischen Transportmaterials, das künftighin nicht mehr als Mittel nationaler Wirtschaftskriege verwendet werden soll;
- 2) Rationelle Teilung und Lenkung des internationalen Verkehrs;
- 3) Schaffung eines gemeinsamen Ausrüstungsplans für das europäische Verkehrswesen.

Diese drei Punkte seien zusammenhängend und voneinander nicht trennbar. Nur so sei eine Rationalisierung des Transportwesens zu erreichen. Wenn einige wenige Länder den Anfang machen, so werden die übrigen folgen. Ein gemeinsamer Investitionsplan sei durchaus möglich und im Allgemeininteresse der Beteiligten unerlässlich. Die Integration des europäischen Transportwesens ist der Prüfstein des guten Willens der Staatsmänner aller OEEC-Länder. Ein Versuch wurde bereits durch den Bonafous-Plan gemacht, der jedoch nicht verwirklicht wurde. Bei der Minister-Konferenz in Messina habe man von "Plänen" gesprochen; man brauche jedoch nicht "Pläne" sondern nur einen einzigen Plan, der für Europa ein in sich gefestigtes, einheitliches und koordiniertes Transportwesen sicherstellt. Was die Errichtung einer europäischen Transportbehörde betrifft, die das Transportwesen als Mittel zur Erreichung einer grösseren europäischen Einheit einsetzen soll, so finden wir diesbezüglich ein brauchbares Programm der britischen Arbeiterregierung aus dem Jahre 1947.

- 11 -

Zu gegebener Zeit wird die freie Gewerkschaftsbewegung die Forderung auf Errichtung einer europäischen Transportgemeinschaft stellen, und zwar einer wirklichen Transportgemeinschaft, die mit effektiven Befugnissen ausgestattet wird. Der Sprecher erwähnt die Worte Monnet's: "Wenn man auf Organe ohne Beschlussrecht zurückgreifen will, bedeutet dies die Rückkehr zur Vergangenheit und zur Zeit der nationalen Souveränität." Eine wirkliche Transportgemeinschaft - darüber muss man sich klar sein - bedeutet eben den Verzicht auf einen Teil der nationalen Souveränität.

Alle auf dem Gebiet des Transportwesens getroffenen Integrationsmassnahmen werden die übrigen Sektoren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens beeinflussen. Es werden Widerstände zu bekämpfen sein. Dies soll uns aber nicht aufhalten, wenn wir selbst von der Notwendigkeit und Nützlichkeit unserer Aktion auf diesem Gebiet überzeugt sind. Wenn die Gewerkschafts-Internationale handeln will, so ist der ITV bereit beizutragen, die öffentliche Meinung, die Regierungen und die Parlamente zu überzeugen.

I. BAARF (Metallarbeiterverb. -Niederlande) weist darauf hin, dass sich der Mangel an Koordinierung und Nationalisierung im Transport auf die gesamte Wirtschaft auswirkt. Es wäre deshalb wünschenswert, dass ein kleiner Ausschuss gewerkschaftlicher Sachverständiger mit der Ausarbeitung eines Plans für die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf dem Transportsektor betraut wird. In einem solchen Plan müsste das Prinzip der Transportfreiheit und die Schaffung eines gemeinsamen Transportmarktes fest verankert sein. Alle Diskriminierungen müssten beseitigt werden. Das Ziel unserer Politik muss die über-nationale Koordinierung der europäischen Transportmittel sein, wozu eine über-nationale Investitions- und Preiskontrolle mit dem Zweck einer Angleichung der Transporttarife zwischen den verschiedenen Ländern und den verschiedenen Transportmitteln unerlässlich ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese Frage der Transport-Kommission der Konferenz zu unterbreiten.

Die Konferenz stimmt dem Vorschlag zu.

Der Vorsitzende bittet darauf den Kollegen K. OSTERKAMP, Punkt 4 der Tagesordnung, die Energie-Integration, einzuführen.

K. OSTERKAMP (O.T.V.) behandelt die Probleme der energiewirtschaftlichen Integration Europas, über die ein Bericht den Delegierten bereits vor der Konferenz schriftlich vorgelegt wurde.

Anschliessend kommt der Redner noch auf die Ergebnisse der Genfer Atomenergie-Konferenz zu sprechen. Durch die vorhandenen Mengen an spaltbarem Material wird heute die Atomkraft-Industrie in die Hände vieler Nationen gelegt. Dies macht im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens eine internationale Gemeinschaft erforderlich, wobei die Gewerkschaften von Anfang an bei einer solchen Entwicklung beteiligt sein müssen. Dann erst könnten sie ihrer Aufgabe gerecht werden, die darin besteht, die Entwicklung der Atomenergie zu überwachen.

Da die Vertreter der privaten Wirtschaft behaupten, dass die Ausbeutung der Atomenergie nur privatwirtschaftlich rationell möglich sei - was ohne Subventionen aber unmöglich sein dürfte - wird die gewerkschaftliche Wachsamkeit und Kontrolle geradezu herausgefordert. So haben die Gewerkschaften auf nationaler und besonders auf übernationaler Ebene die Verpflichtung, sich für Massnahmen zur Verhinderung von Strahlenschäden, für Massnahmen zur Verhinderung jeglicher Profitorientierung in der Atomindustrie und für Massnahmen zur Verhinderung des Baues von Atom-bomben einzusetzen.

L. ROSENBERG (DGB Deutschland) berichtet ebenfalls über den Verlauf der Genfer Atomenergie-Konferenz und weist darauf hin, dass die deutsche die einzige Gewerkschaftsdelegation in Genf gewesen sei. Vor allem habe er das Fehlen einer IBFG-Vertretung als bedauerlich empfunden, was die noch immer mangelhafte internationale Zusammenarbeit beweise.

L. Rosenberg unterstreicht die Auswirkungen, die die Atomenergie auf alle gesellschaftlichen Sektoren haben wird und macht auf ihre eventuellen Gefahren aufmerksam. Es ist dies ein Problem von grösster Bedeutung für die Arbeitnehmer. Er schlägt daher vor, auf jeder nationalen Ebene eine Atom-Kommission ins Leben zu rufen, so wie dies bereits in England und Frankreich der Fall ist. Diese Kommissionen müssten mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet sein, um zu überwachen, dass die Erzeugung von Atomenergie staatlich und zentral gelenkt und nicht privaten Händen ausgeliefert wird. Auf internationaler Ebene könnte an die Errichtung eines wissenschaftlichen Beirats ^{werden} gedacht an der sich der IBFG- und die ERO beteiligen sollten. Wir sollten auf europäischer Ebene einen Atom-Pool verlangen, um eine echte und saubere internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten. Darüber hinaus sollte eine Atom-Behörde mit echten supra-nationalen Vollmachten gebildet werden, und schliesslich sollte die Internationale Arbeits-Organisation ihre ganz besondere Aufmerksamkeit den Schutzmassnahmen widmen, die auf dem Gebiet der Atomenergie zu ergreifen notwendig sind. Die Ratifizierung solcher Massnahmen durch die einzelnen Staaten sollte obligatorisch gemacht werden.

Der Vorsitzende hebt die Sitzung um 18.30 Uhr auf.

2. Sitzungstag - 26. August 1955

Der zweite Sitzungstag, der 26. August, wurde gänzlich den Kommissionssitzungen gewidmet, deren Beschlussvorschläge durch ihre jeweiligen Berichterstatter am 27. August der Vollversammlung vorgelegt werden. Am Nachmittag und in den Abendstunden tagte, zusammen mit den Mitgliedern der drei anderen Kommissionen, der Redaktionsausschuss, der den endgültigen, der Konferenz zu unterbreitenden Resolutionsentwurf abfasste.

ZUSAMMENSETZUNG DER KOMMISSIONEN

I.

Hauptausschuss

C. J. GEDDES	H. LAPAILLE
L. MURRAY	A. GRAEDEL
H. COSTERHUIS	C. LEVINSON
H. VISSER	G. FASTORE
J. VAN WOUWE	C. VEILLON
H. UMRATH	E. DA LLA CHIESA
J. VAN DER VELDEN	E. HOFECKER
I. BAART	A. AUGARD
L. ROSENBERG	F. LAMIN
O. BRENNER	A. FLAMENT
A. RENARD	E. WEISS
I. SMETS	G. DELAFARRE
R. LATIN	R. SCHWOB
H. JANSSEN	P. TOMAS
A. BUNING	N. HAUPERT
K. HEINZ	K. OSTERKAMP
P. MAAS	A. BRAUNTHAL
AUGUSTIN	

KOMMISSION II.TRANSPORT

T. YATES	H. KANNE
G. CANINI	R. LAAN
G. DEVAUX	H. KOPPENS
G. HENDRICKS	P. SETON
A. KUMMERNUSS	O. BECU
W. HOLKESKAMP	R. DUKEYZER
A. VERMEULEN	J. CAMPBELL
K. HIRCHE	P. TOFAHRN
	J. LEURS

KOMMISSION III

E N E R G I E

F. HAYDAY
C. VAN WINGERDEN
J. KRAMER
H. BUIJTER
D. FOPPER
H. DUMAZET
R. DUBOIS

N. DETHIER
L. GILLON
L. CAMPION
D. COPPO
K. OSTERKAMP
E. WOLFRAM
J. GALLION
A. BRAUNTHAL

REDAKTIONSAUSSCHUSS

C. J. GEDDES
A. BERNARD
D. COPPO
L. ROSENBERG
H. ULRATH
C. VEILLON

A. GRAEDEL
P. TOFAHN
A. VERHEULEN
K. OSTERKAMP
W. SCHEVENELS

3. Sitzungstag - Samstag 27. August

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 11.00 Uhr und bittet den Generalsekretär der ERO, über die Arbeiten der Kommissionen Bericht zu erstatten.

W. SCHEVENELS (ERO) erklärt, dass die drei Kommissionen der Konferenz nach Beendigung ihrer Arbeit gemeinsam einen Redaktions-Ausschuss gebildet und beschlossen haben nur eine einzige Erklärung vorzulegen. Ebenso war man sich darüber einig, keine gesonderte Resolution herauszubringen und an die Landeszentralen zu appellieren, dass diese selbst ihre Propaganda auf der Basis dieser Erklärung organisieren, wobei sie sich von den besonderen Umständen in ihren eigenen Ländern leiten lassen und dementsprechend die erforderlichen Schritte bei ihren Regierungen unternehmen sollen, damit unseren Forderungen Folge geleistet wird.

Der Redaktionsausschuss hat die durch die Transport- und die Energie-Kommission vorgeschlagenen Klauseln ohne Aenderungen mit eingeschlossen. Hin und wieder ist er auf Schwierigkeiten getroffen, die Einstimmigkeit über bestimmte Formulierungen zu erreichen. Durch gegenseitige Konzessionen kam schliesslich eine Uebereinstimmung zustande. W. Schevenels geht dann zur artikelweisen Verlesung des neuen Wortlauts der Erklärung über und hofft, dass die Konferenz sie einstimmig annehmen wird.

Der Erklärungsentwurf wird mit einigen Abänderungen und geringfügigen Zusätzen angenommen, die insbesondere durch den französischen Kollegen Delamarre vorgeschlagen wurden, der im Zusammenhang mit Artikel 7 als wünschenswert erachtet zu präzisieren, dass die Harmonisierung der Sozial- und Wirtschaftspolitik mit Sicherheitsmassnahmen für die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer verbunden sein müsse.

Was den Artikel 8 anbetrifft, findet eine Diskussion zwischen dem italienischen Kollegen Dalla Chiesa (UIL) und einigen anderen Delegierten statt, namentlich mit dem Kollegen Möri (Schweiz) über den Begriff der Freizügigkeit der Arbeitskräfte. E. Dalla Chiesa wünscht in genauer Art und Weise die gewerkschaftliche Zielsetzung hierüber definiert zu sehen und ist der Meinung, dass die absolute Freizügigkeit der Arbeitskräfte gesichert werden müsse, wogegen J. Möri sich im Namen der gesamten schweizer Delegation dieser Fassung offiziell entgegenstellt.

Die Konferenz heisst sodann die Erklärung formell gut (endgültige Fassung Anhang 1)

G. DELAMARRE (F.O. Frankreich Metallarb. Verb.) bittet die Konferenz, der vorliegenden Erklärung als Anlage nachstehenden Vorschlag hinzuzufügen: "Die ERO-Konferenz verlangt aufgrund des Inhalts des Teils V ihrer allgemeinen Erklärung vom XXI-Ausschuss, der EGKS, in kürzester Frist einen Kongress der Gruben- und Metallarbeiter und der Vertreter der Landeszentralen der Montanunion-Länder einzuberufen.

Dieser Kongress sollte die in Angriff zu nehmenden Aktionsmittel festlegen, um die sozialen Zielsetzungen, die in der Messina-Resolution enthalten sind und die progressive Harmonisierung der Sozialpolitik fordern, durchzuführen und folgenden Fragen Vorrangstellung zu verleihen :

Senkung der Arbeitszeit
Entlohnung von Ueberstunden
Problem der Urlaubsdauer und deren Vergütung (s. Anlage)

L. ROSENBERG (DGB Deutschland) hielt es für richtig, zu einer solchen Konferenz auch Vertreter der anderen Landesorganisationen einzuladen und nicht nur die der sechs EGKS-Länder.

H. OOSTERHUIS (VW-Niederl.) schlägt vor, diese beiden Vorschläge dem Exekutivausschuss der ERO zu unterbreiten.

A. KRIER (Verbindungsbüro der EGKS) ist der Ansicht, dass der XXI-Ausschuss die Stellung der Gewerkschaften innerhalb der EGKS weiter fördern und aktivieren kann. Was die sozialpolitische Aktivität anbetreffe, so habe die Hohe Behörde gewisse Schwierigkeiten, die auf das bestehende Abkommen zurückzuführen sind. Den Resolutionsvorschlag des Kollegen Delamarre hält er für gut. Im übrigen befürwortete er die Einberufung einer internationalen Konferenz der 6 der Montanunion angeschlossenen Länder mit ihren beteiligten Organisationen. Die nächste Sitzung des XXI-Ausschusses für die Wiederbelebung des Europagedankens finde im Oktober statt ^{werde} und dabei die Erklärung der ERO berücksichtigen. Er fügt hinzu, dass der XXI-Ausschuss Vollmitglieder und Beobachter umfasst. Die englischen Kollegen werden sehr wahrscheinlich, entweder als Mitglieder oder als Beobachter und die österreichischen Kollegen als Beobachter an dieser Konferenz teilnehmen. Weiterhin steht der XXI-Ausschuss mit den skandinavischen Kollegen in Verbindung und bemüht sich, diese an seinen Arbeiten zu interessieren. Wenn der XXI-Ausschuss eine weitere Konferenz einberuft, wird er nicht verfehlen, den IBFG und die ERO und deren angeschlossene Organisationen einzuladen. Bezüglich der Senkung der Arbeitszeit - ein Thema, das Kollege Delamarre angesprochen hat - betont er, dass die Gewerkschaften der Montanunion-Länder diese bereits für die Gruben- und Kohlenarbeiter verlangt haben.

W. SCHEVENELS (ERO) hält es für möglich, die beiden Vorschläge Oosterhuis und Delamarre miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Das für den XXI-Ausschuss vorgesehene Datum ist Mitte Oktober. Der Exekutivausschuss der ERO soll zu Oktoberbeginn tagen. Dieser könnte dann die durch seine Delegierten und jene des IBFG einzunehmende Haltung im XXI-Ausschuss über die wesentliche Frage der Arbeitszeit bestimmen. Der IBFG und die ERO müssen sich entschliessen, eine Kampagne zugunsten dieses Ziels einzusetzen. Diese Frage war schon anlässlich der Regional-Konferenz des IAA aufgeworfen worden, jedoch konnten keine Beschlüsse getroffen werden.

- 17 -

G. DELAMAIRE (F.O. Frankreich) warnt davor, den europäischen Arbeitnehmern den Eindruck zu vermitteln, dass unsere Resolutionen getroffen werden, um in die Archive zu wandern. Die Konferenz hat eine Erklärung angenommen, deren Paragraph 16 praktische und positive Massnahmen fordert. Der Zweck dieses Vorschlags sei es, dass man nach Annahme des Textes zur Aktion übergehe.

A. GRAEDEL (Schweiz) denkt, dass die interessierten Verbände und Landeszentralen zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit haben, die Probleme der Montanunion zu studieren; sie haben dazu sogar die Pflicht. Dieses Problem könne nicht durch Formeln gelöst werden, die in allen Ländern anwendbar sind. Wir können die Landeszentralen bitten, die wichtige Frage der Arbeitszeitverkürzung zu studieren und im übrigen den Kollegen der Montanunion die Auswahl der praktischen Mittel zur Koordinierung auf diesem Gebiet überlassen. Es sei jedoch noch verfrüht, Weisungen zu erteilen. Er ist der Ansicht, dass wir uns darauf beschränken müssten, die Kollegen der EGKS zu ermutigen, eine solche Konferenz durchzuführen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dem Exekutivausschuss der ERO den diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten.

Die Konferenz stimmt diesem Verfahren zu.

Der Vorsitzende verliest einen durch die deutsche Delegation eingebrachten Vorschlag, der im Rahmen der ERO die Bildung eines Ausschusses für Atomenergie vorsieht.

L. ROSENBERG begründet die Bildung eines solchen Ausschusses, indem er hervorhebt, wie wichtig es wäre, dass der ERO die Möglichkeit gegeben wird, sich laufend mit den Fragen der Integration der Energiewirtschaft zu beschäftigen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit der Energieerzeugung, sondern auch bezüglich der damit verbundenen sozial- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen. Für den europäischen Rahmen, so betont der Sprecher, sei die Bildung eines solchen Ausschusses besonders wichtig. Er lasse sich von der Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens leiten, wenn er der Konferenz die Annahme des Vorschlags empfehle.

W. SCHEVENELS erklärt sich grundsätzlich mit dem deutschen Vorschlag einverstanden, gibt jedoch bekannt, dass der IBFG bereits über einen solchen Ausschuss verfügt, der auch die Vereinigten Staaten und Canada einschliesst. Vielleicht wäre es jedoch möglich, einen kleinen gemischten Ausschuss IBFG/ERO zu bilden, der sich aus den europäischen Fachleuten des IBFG und der ERO zusammensetzen sollte. Er schlägt vor, es dem Exekutivausschuss zu überlassen, in welcher Form der deutsche Vorschlag durchgeführt werden soll.

Dieser Vorschlag wird von der Konferenz angenommen.

Der Vorsitzende erteilt daraufhin dem Vertreter der Hohen Behörde der Montanunion das Wort.

PAUL FINET begrüsst im Namen der Hohen Behörde der Montanunion die an der Konferenz teilnehmenden Delegierten. Nach der gehörten Kritik an der unzureichenden sozialen Tätigkeit der EGKS möchte er die Versammlung vor einem übertriebenen Pessimismus warnen. Man beschäftige sich sehr mit allen sozialen Fragen, es wäre aber nicht möglich, über den Artikel 8 des Abkommens hinauszugehen.

Wir alle kennen die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, dass Nationalismus und Privatinteressen noch immer vorherrschen, wir haben jedoch die Verpflichtung, Optimismus zu beweisen und unsere ganze Kraft für eine grössere soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Wenn die Gewerkschaftsbewegung klar und deutlich ihre Ziele definiert, haben wir umso mehr Aussichten, die Widerstände zu überwinden.

Er gibt der Konferenz die Zusicherung, dass unsere Freunde in der EGKS-Exekutive sich energisch für die sozialen Aufgaben einsetzen. Trotz der Begrenzung der Vertragsbestimmungen und trotz der genauen Vorschriften bezüglich der Verwendung der verfügbaren Fonds, ist die Hohe Behörde bereit, alles zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft beizutragen. Abschliessend bringt er die Hoffnung zum Ausdruck, dass die Gewerkschaften eine dynamische Rolle in der sich anbahnenden, neuen Wirtschaftsordnung spielen werden.

Dr. H. POTTHOFF (Mitgl. d. Hohen Behörde) sagt, dass die Wiederbelebung des Europagedankens nicht nur erforderlich sei, um die Integration als solche weiterzubringen, sondern auch, um eine Gefährdung der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl zu verhindern. Die Montanunion sei nur als ein Anfang der Integration zu betrachten, bei dem es nicht bleiben dürfe. Stillstand sei Rückschritt, und es sei wichtig, über den Kohle- und Stahlmarkt hinaus weitere gemeinsame Märkte zu schaffen. Die Hohe Behörde und der Ministerrat sehen es als ihre Aufgabe an, die Entwicklung des Verbrauchs von Kohle und Stahl sowie auch die allgemeine Konjunktur zu beobachten und sie zu beeinflussen.

Was die Integration des Verkehrswesens anbetrifft, so habe die Hohe Behörde über Kohle und Stahl hinaus auch wesentlich zur Harmonisierung des europäischen Verkehrs beitragen können, indem sie die Beseitigung der Diskriminierung der Tarife gefördert habe. Kohle und Stahl sollten nicht anders behandelt werden als andere Massengüter. Es sei jedoch für eine europäische Verkehrspolitik nicht immer gut, wenn Massnahmen zu einer Verkehrsintegration von nur sechs europäischen Regierungen durchgeführt werden.

Die Frage der Integration des Energiewesens berührend, ist Kollege Potthoff der Ueberzeugung, dass eine Kohlenpolitik ohne die Integrierung der übrigen Energieträger unzulänglich ist.

Abschliessend betont der Redner noch einmal, wie wichtig es ist, dass Schritte unternommen werden, um die Montanunion in ihrer Integration nicht allein bleiben zu lassen und dankt der Konferenz im voraus für ihre Entschlüsse, die die Arbeit in Luxemburg unterstützen werden.

- 19 -

W. SCHEVENELS erklärt bezüglich der in der Resolution von Messina projektierten europäischen Transportgemeinschaft, dass der internationale Transportarbeiterverband diese Frage bereits auf die Tagesordnung seines kommenden europäischen Kongresses am 12. und 13. September gesetzt habe. Die Transportkommission, die gestern getagt hat, schlug vor, dass unser Exekutivausschuss sich mit dem ITV in Verbindung setzt, um nach diesem Kongress eine gemeinsame Sitzung zwischen einer Reihe von Delegierten der beiden Organisationen einzuberufen, um die Art und Weise festzulegen, wie den in unserer Erklärung enthaltenen Anregungen Wirkung verliehen werden kann und wie unsere Aktionen auf diesem Gebiet koordiniert werden können. Er nimmt an, dass alle Delegierten zustimmen, diese Frage dem ERO-Exekutivausschuss vorzulegen.

Die Vorschläge zur Schaffung einer ständigen Kommission für Fragen der Atom- und traditionellen Energie sollten ebenfalls dem ERO-Exekutivausschuss zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Was unsere Beziehungen zu dem Ministerausschuss der Montan-Union betreffe, erinnert W. Schevenels daran, dass bereits auf eine Unterredung hingewiesen wurde, die mit P.H. Spaak, Präsident des Ministerausschusses, stattgefunden hatte, aus der hervorgegangen sei, dass es unmöglich wäre, einer Gewerkschaftsdelegation oder durch die Gewerkschaften bestimmten Experten eine Beteiligung an den Experten-Ausschüssen einzuräumen, die die Pläne vorbereiten, die der Ministerkonferenz im Oktober unterbreitet werden sollen. Es ist klar, dass wir die Beziehungen mit dem Präsidenten des Ministerausschusses fortsetzen werden, der zugestimmt hat, uns über die Arbeiten der Experten-Ausschüsse auf dem Laufenden zu halten, insoweit diese veröffentlicht werden können. W. Schevenels glaubt, dass eine neue Unterredung mit P.H. Spaak angezeigt wäre, um ihm offiziell die von der Konferenz angenommene Erklärung vorzulegen und ihn zu bitten, diese der nächsten Sitzung des Ministerausschusses vorzulegen. Wir könnten dann mit P.H. Spaak eine offene Aussprache haben und sehen, wie es möglich wäre, direkt oder indirekt an den Arbeiten der Studienausschüsse teilzunehmen. Im übrigen habe er vernommen, dass die belgische Regierung, die sich noch vor einigen Wochen der Aufnahme der Gewerkschaften in ihre nationale Delegation entgegenstellte, nunmehr diese negative Haltung aufgab. W. Schevenels hofft, dass die anderen Regierungen diesem Beispiel folgen werden.

A. GRAEDEL (Schweiz) ersucht die ERO, die Erklärung ebenfalls der OEEC, die eine wesentliche Rolle für die wirtschaftliche Koordination Europas spielt, bekanntzugeben.

W. SCHEVENELS tritt für diesen Vorschlag ein und schlägt vor, die Erklärung ebenso an die Montanunion selbst und an den Europarat zu richten.

Der Vorsitzende erklärt die Konferenz um 13.30 für abgeschlossen und dankt den Delegierten für ihren Beitrag zum Erfolg der Konferenz. Ebenso beglückwünscht er den Generalsekretär und das Personal der ERO für die Arbeit, die sie für diese Konferenz geleistet haben.

ORGANISATION REGIONALE EUROPEENNE DE LA C.I.S.L.
EUROPEAN REGIONAL ORGANISATION OF THE I.C.F.T.U.
EUROPAEISCHE REGIONAL-ORGANISATION DES I.B.F.G.

CONFERENCE SYNDICALE POUR LA RELANCE EUROPEENNE
TRADE UNION CONFERENCE FOR THE REVIVAL OF THE EUROPEAN IDEA
ERKSCHAFTSKONFERENZ FÜR DIE WIEDERBELEBUNG DES EUROPAGEDANKENS

Bruxelles, 25-27 août 1955

Liste de présence
List of attendance
Anwesenheitsliste

President : C.J. GEDDES

Secrétaire Général : W. SCHEVENELS

A. Centrales nationales-National Centres-Landeszentralen.

ALLEMAGNE	W.FRETTAG	A.KARL	H. GREVE
GERMANY	L.ROSENBERG	O.BRENNER	H. IMIG
DEUTSCHLAND	H.BÖHM	A.KUMMERNUSS	W. BOCK
		H.SEEGER	K. HIRCHE
AUTRICHE			
AUSTRIA	E.HOFECKER		
ÖSTERREICH			
BELGIQUE	A.RENARD	R.DEKEYZER	D.VELDEKENS
BELGIUM	N.DE BOCK	G.HENDRICKX	L.CAMPION
BELGIEN	R.LATIN	H.JANSEN	H.LAPAILLE
	A.BAYENS	A.VALKENEERS	J.TAMIGNIAUX
ESPAGNE			
SPAIN	P. TOMAS		
SPANIEN			
FRANCE			
FRANKREICH	C. VEILLON		
GRANDE-BRETAGNE	C.J.GEDDES	L.MURRAY	
GREAT BRITAIN	T. YATES	F.HAYDAY	
GROSSBRITANNIEN			
ITALIE (CISL)	G. PASTORE	D. COPPO	
ITALY	G. CANINI	M. MARI	
ITALIEN (UIL)	E.DALLA CHIESA		

LUXEMBOURG	N. HAUPERT	J. LEURS	
LUXEMBURG	J. GALLION		
NORVEGE			
NORWAY	K. NORDAHL		
NORWEGEN			
PAYS-BAS	H. OOSTERHUIS	J.G. VAN WOUWE	H.W. KOPPENS
NETHERLANDS	C.W. VAN WINGERDEN	J. VAN DER VELDEN	R. LAAN, Jr.
HOLLAND	A. VEREULEN	J.J. KRAMER	P.W. SETON
	H. VISSER	H.J. KANNE	H. UMRATH
	D. FORRER		
SARRE	R. RAUCH	(K. HEINZ	
		(P. MAAS	
SUISSE	J. MÜRI	(Col. AUGUSTIN	
SWITZERLAND	A. GRADEL		
SCHWEIZ			
FASQUES	excusé - excused - entschuldigt		
DANEMARK	"	"	
DENMARK	"	"	
GRECE	"	"	
GREECE	"	"	
GRIECHENLAND	"	"	
ISLANDE	"	"	
ICELAND	"	"	
MALTE	"	"	
MALTA	"	"	
SUEDE			
SWEDEN			
SCHWEDEN (LO)	"	"	
(TCO)	"	"	
TRIESTE	"	"	

B. S.P.I. - I.T.S. - I.B.S.

Fédération internationale des Travailleurs du Bâtiment et du Bois
International Federation of Building and Woodworkers
Internationaler Bund der Bau- und Holzarbeiter

I. SMETS

Fédération Internationale des Employés et Techniciens
International Federation of Commercial, Clerical and Technical
Employees
Internationaler Bund der Privatangestellten

W. SPIEKMAN

Fédération Internationale des Mineurs
Miners' International Federation
Internationaler Bergarbeiterverband

N. DETHIER

Fédération Internationale des Syndicats de Fonctionnaires et du
Personnel des Services publics
International Federation of Unions of Employees in Public and Civil
Services
Internationale Föderation der Gewerkschaften des Personals
Öffentlicher Dienste

K. OSTERKAMP
R. DUBOIS

Fédération Internationale des Ouvriers du Transport
International Transport Workers' Federation
Internationale Transportarbeiter-Föderation

O. BECU
P. TOFAHRN
J. CAMPBELL

R. DEKEYZER
G. DEVAUX

Fédération Internationale des Ouvriers sur Métaux
International Metalworkers' Federation
Internationaler Metallarbeiter-Bund

A. GRADEL
C. LEVINSON

Fédération Internationale des Organisations Syndicales de Travailleurs
des Industries Diverses
International Federation of Industrial Organisations and General
Workers' Unions
Internationale Föderation von Industriegewerkschaften und
Fabrikarbeiterverbänden

A.A. BUNING

C. Comité syndical des XXI (C.E.C.A.)
Trade Union Committee of XXI (E.C.S.C.)
Gewerkschaftlicher Ausschuss der XXI (E.G.K.S.)

ALLEMAGNE	Métallurgistes	O. BRENNER	H. BRÜMMER
GERMANY	Metalworkers	W. PETERSEN	J. HÜLKESKAMP
DEUTSCHLAND	Metallarbeiter	K. BRANDEL	
	Mineurs	K. HOFNER	E. KADOW
	Miners	F. DAHLMANN	K. MARQUARDT
	Grubenarbeiter	M. FREY	E. WOLFRAM
BELGIQUE	Métallurgistes		
BELGIUM	Metalworkers	R. LATIN	
BELGIEN	Metallarbeiter		
	Mineurs	L. GILLON	
	Miners	O. STIEMAN	
	Grubenarbeiter		
FRANCE	Métallurgistes	G.D. DELAMARRE	
FRANKREICH	Metalworkers	P. SCHMOB.	
	Metallarbeiter		
	Mineurs	A. AUGARD	F. LAMPIN
	Miners	H. DUMAZET	A. FLAMENT
	Grubenarbeiter		
ITALIE			
ITALY	C.I.S.L.	D. COPPO	
ITALIEN			
PAYS-BAS	Métallurgistes	I. BAART	
NETHERLANDS	Metalworkers	H.G. BUIER	
HOLLAND	Metallarbeiter		
	N.V.V.	C.W. VAN WINGERDEN	

D. Bureau de Liaison - C.E.C.A.
Liaison Office - E.C.S.C.
Verbindungsbüro - Montanunion.

A. KRIER
E. WEISS
Mme Lily KRIER-BECKER

E. C.I.S.L. - I.C.F.T.U. - I.B.F.G.

J.H. OLDENEROEK
A. BRAUNTHAL
S. NEDZYNSKI

F. Invités - Guests - Gäste

C.E.C.A.	P. FINET	
E.C.S.C.	H. POTTHOFF	
E.G.K.S.	E. MASSACESI	
Conseil de l'Europe Council of Europe Europarat	N. BORCH-JACOBSEN	
O.E.C.E. O.E.E.C.	E. KIRSCHEN	
A.E.P. E.P.A.	E. HAUERSLEV	
B.I.T. I.L.O. I.A.A.	J. FAFCHAMPS	
Attachés sociaux Social Attaches Sozial Attaches	Allemagne Germany Deutschland	L. DIEDERICH
	Grande Bretagne Great Britain Grossbritannien	E. BARBER
	Pays-Bas Netherlands Holland	R.J. VAN GRONINGEN
	U.S.A.	O. PETERSON P. SAKWA (assistant) (mitarbeiter)

slc
14.10.55

EUROPTISCHE REGIONAL-ORGANISATION

des I.B.F.G.

Gewerkschaftskonferenz für die Wiederbelebung des Europagedankens.

Brüssel, 25. bis 27.8.1955

Entschliessung, vorgelegt von G. DELAMARRE, Delegierter des Metall-
arbeiter-Verbandes, F.O., Frankreich, von der Konferenz einstimmig
angenommen und dem Exekutiv-Ausschuss der ERO zur weiteren Behandlung
zugeleitet.

Unter Bezugnahme auf Abschnitt V ihrer allgemeinen Entschliessung ersucht die Konferenz der ERO den XXI-er Ausschuss, innerhalb kurzer Frist einen Kongress der Bergarbeiter, Metallarbeiter und der Landeszentralen der sechs EGKS-Länder einzuberufen.

Dieser Kongress sollte die Mittel und Wege bestimmen, um die in der Messina-Resolution enthaltenen sozialen Ziele - progressive Angleichung der jeweiligen Sozialpolitik - zu verwirklichen, wobei folgende Fragen bevorzugt behandelt werden sollten:

- Verminderung der Arbeitszeit;
- Bezahlung zusätzlicher Arbeitsleistungen;
- Urlaubsdauer und -bezahlung.

29.8.1955
Orig.: franz.

ERO/Sp.Cnf.55/2
Endgültig

Anlage 3

EUROPÄISCHE REGIONAL-ORGANISATION

des I.B.F.G.

Gewerkschaftskonferenz für die Wiederbelebung des Europagedankens

Brüssel, 25. - 27.8.1955

Entschliessung, vorgelegt von der Delegation des DGB, Deutschland,
von der Konferenz einstimmig angenommen und dem Exekutiv-Ausschuss
der ERO zur weiteren Behandlung zugeleitet.

In Anbetracht der grossen Bedeutung der Atom-Energie für die Entwicklung der Wirtschaft und ihrer Auswirkungen auf die Arbeitnehmerschaft und die Bevölkerung überhaupt errichtet die ERO einen ständigen Ausschuss "Atom-Energie".

29.8.1955
Orig.:deutsch.

ERO/Sp.Cnf.55/2
Endgültig

Anlage 4

EUROPÄISCHE REGIONAL-ORGANISATION

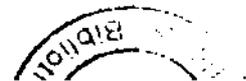
des I.B.F.G.

Gewerkschaftskonferenz für die Wiederbelebung des Europagedankens

Entschiessung, vorgelegt vom Verkehrs -Ausschuss, von der
Konferenz einstimmig angenommen und dem Exekutiv-Ausschuss
der ERO zur weiteren Behandlung zugeleitet.

Angesichts der Bedeutung des Problems der traditionellen
Energie und der zur Zeit seitens des EGKS-Minister-Ausschus-
ses in Betracht gezogenen Vorschläge der europäischen Inte-
gration (Messina-Resolution) wird die Errichtung einer
Studien-Kommission vorgeschlagen, an der die unmittelbar
in Frage kommenden europäischen Gewerkschaftsorganisationen
durch Entsendung von Sachverständigen teilnehmen.

29.8.1955
Orig.: franz.



EUROPÄISCHE REGIONAL-ORGANISATION

DES I.B.F.G.

GEWERKSCHAFTS-KONFERENZ

FÜR DIE WIEDERBELEBUNG DES EUROPA-GEDANKENS

Brüssel, 25. - 27. August 1955

ERKLÄRUNG ÜBER DIE WIEDERBELEBUNG DES EUROPA-GEDANKENS

I.

1. Die Notwendigkeit, in allen Ländern den Lebensstandard zu heben sowie die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten bzw. zu verwirklichen, ist einer der entscheidenden Gründe für die Bemühungen der Gewerkschaften, wirtschaftliche Probleme im europäischen Sinne zu lösen. Die freien Gewerkschaften fordern, dass jeder Schritt in der Richtung auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration unter Beachtung einer Politik der Vollbeschäftigung getan und mit einer Angleichung der sozialen Bedingungen nach oben sowie mit weiterem sozialpolitischem Fortschritt verbunden wird.
2. Die bestmögliche Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten im europäischen Raum unter Einsatz der modernen Technik muss dazu dienen, eine Besserung der Lage der arbeitenden Massen und eine Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Stellung Europas in der Welt zu erreichen. Dadurch werden sich auch neue und grössere Möglichkeiten ergeben, um die Lebenshaltung der Völker unterentwickelter Länder ausserhalb Europas wesentlich zu verbessern.
3. Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik ist in jedem Lande von wesentlicher Bedeutung, sie genügt jedoch für sich allein nicht, die dringenden europäischen Probleme zu lösen. Durch die Schaffung eines grösseren Marktes bieten sich neue wirtschaftliche und soziale Perspektiven. Für Europa ist nunmehr die Zeit gekommen, entscheidende Massnahmen zu engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit und zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes zu treffen.

II.

4. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und die Europäische Regional-Organisation (ERO) sind sich seit ihrer Gründung der Perspektiven auf besseres Leben und Hebung des Lebensstandards, die der Europagedanke den arbeitenden Massen bietet, bewusst gewesen. Der IBFG und die ERO haben in unermüdlicher und nachdrücklicher Weise die beständige Expansion der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und sozialen Angleichung befürwortet.

5. Die Europäische Regional-Organisation des IBFG und ihre angeschlossenen Organisationen, die vom 25. bis 27. August 1955 in Brüssel zusammengetreten sind, erneuern ihre bereits früher abgegebenen Erklärungen zugunsten einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ländern Europas. Die jüngsten Ereignisse, insbesondere die Ministerkonferenz der EGKS in Messina, sowie einige von der OEEC angenommene Entschliessungen, haben dem Europagedanken einen neuen Auftrieb gegeben. Was die Messina-Entschliessung anbelangt, so ist immerhin bedauerlich, dass einige, im Memorandum der Benelux-Staaten enthaltene wichtige Vorschläge nicht berücksichtigt worden sind.

III.

6. Die freien Gewerkschaften Europas sind für eine fortschreitende Liberalisierung des Handels zwischen möglichst vielen Ländern Europas und befürworten einen systematischen und stetigen Abbau der Zollschranken, der zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes führen muss, innerhalb dessen der freie Güterstrom nicht durch protektionistische oder andere einschränkende Massnahmen beeinträchtigt wird.

7. Diese Massnahmen werden so tiefgreifende Einwirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und traditionellen Handelsbeziehungen der einzelnen Länder ausüben, dass es notwendig ist, im Laufe der Uebergangsperiode die Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Länder zu harmonisieren. Diese Harmonisierung hat insbesondere zum Ziele, den Arbeitnehmern ihre Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und sie sogar zu verbessern, sowie jeglichen unlauteren Wettbewerb auszuschalten.

8. Ausser der fortschreitenden Liberalisierung des Handels muss durch Abkommen zwischen den Ländern danach gestrebt werden, eine grössere Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu erreichen. Dieses Abkommen muss soziale Garantien für die einwandernden Arbeiter und für diejenigen der Aufnahmeländer enthalten.

9. Um die in diesem Abschnitt genannten Ziele zu verwirklichen, befürworten die freien Gewerkschaften den Vorschlag der Konferenz in Messina zur Schaffung eines europäischen Investitions-Fonds. Dieser Fonds würde insbesondere die Aufgabe haben, die weniger begünstigten Gebiete Europas zu entwickeln.

IV.

10. Zwar bevorzugen die freien Gewerkschaften die engere wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit und Integration der gesamten Wirtschaft aller demokratischen Länder Europas, erkennen aber die Vorteile von Vorhaben und Massnahmen an, deren Ziel die Integration bestimmter Industriezweige ist, auch wenn diese anfangs nicht unbedingt alle europäischen Länder umfasst.

11. Unter diesem Gesichtspunkt verweisen die Gewerkschaften darauf, dass es sich erwiesen hat, dass die bestehenden Organisationen und herkömmlichen Methoden der internationalen Zusammenarbeit wirtschaftliche Probleme auf dem Gebiet des Verkehrswesens nicht lösen können. Die Zeit ist daher gekommen, eine europäische Behörde zu schaffen, mit dem Auftrag, den Verkehr auf der

Grundlage eines Plans zu organisieren, der zum Ziel hat, Europa mit einem leistungsfähigen, den Erfordernissen angemessenen und wirtschaftlichen Verkehrsnetz zu versorgen, das ein einheitliches Ganzes bildet.

12. Ein weiteres Gebiet, auf dem die Integration alsbald einen Fortschritt machen könnte und sollte, ist die Energiewirtschaft.
13. Bei der Suche nach Lösungen der mit solchen Teilintegrationen verbundenen Probleme sollte man sich die Lehren aus den Erfahrungen der Montan-Union zunutze machen. Soweit in Europa mehrere solcher Gemeinschaften geschaffen werden, sind geeignete Vorkehrungen zu treffen, um ihre Zusammenarbeit zu sichern, es sei denn, dass zu diesem Zweck eine Koordinierungsinstanz errichtet wird.
14. Der jetzige Ausbau auf dem Gebiet der Atom-Energie und ihr Einsatz zu friedlichen Zwecken erschliessen völlig neue Aussichten auf wirtschaftlichen Fortschritt. Bei der Errichtung dieser neuen Industrie muss zwischen den europäischen Ländern eine enge Zusammenarbeit hergestellt werden, damit diese Industrie auf der Basis eines gemeinsamen Plans beruht, der der Gesamtheit des demokratischen Europa dient. Die freien Gewerkschaften der ERO verlangen eine wirksame Kontrolle über die Atom-Produktion und treten vorbehaltlos für die Erklärung der IBFG-Konferenz vom 1./2. August 1955 in Brüssel ein, die in Einzelheiten die Bedingungen festlegt, unter denen eine solche Kontrolle organisiert werden muss. Sie stimmen der in Messina zu diesem Punkt angenommenen Entschliessung zu, in der eine gemeinsame Organisation zwischen verschiedenen Staaten ins Auge gefasst wurde, um eine friedliche Entwicklung der Atom-Energie zu gewährleisten und nehmen Kenntnis von den vier zur Verwirklichung einer solchen Organisation vorgeschlagenen Klauseln (siehe anl. Text). Angesichts der Bedeutung, die diese Entwicklung auf die Industrie und die Arbeiter haben wird, sollte die Erzeugung von Atom-Energie unter keinen Umständen privaten Interessen überlassen werden.

V.

15. Die ERO und die ihr angeschlossenen Organisationen begrüßen die in der Entschliessung von Messina enthaltene Anerkennung der Notwendigkeit fortschreitender Angleichung der sozialen Verhältnisse der verschiedenen Länder aneinander und erklären, dass dieser Anerkennung tatsächliche Massnahmen folgen müssen, die zur allmählichen Angleichung nach oben führen.
16. In Anbetracht der Erfahrungen der EGKS und der ihrer Hohen Behörde begegneten Schwierigkeiten innerhalb ihrer sozialen Aktion, infolge der Tatsache, dass die diesbezüglichen Klauseln des Abkommens zu undeutlich oder zu einschränkend sind, besteht die ERO darauf, dass künftighin jedes Abkommen über eine neue europäische Gemeinschaft oder das EGKS-Abkommen, wenn dieses revidiert wird, ausdrückliche und bindende Garantien enthält, die die durch die Messina-Resolution zugesagten Massnahmen zu Harmonisierung und sozialem Fortschritt obligatorisch machen. Sie empfiehlt den ihr angeschlossenen Organisationen gemeinsam festzulegen, wie sie zu gegebener Zeit auf internationaler Ebene vorgehen wollen, um den Geist der Solidarität zu stärken, der die europäischen Arbeiter miteinander verbindet.

VI.

17. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass die Arbeitnehmerschaft sich der Dinge, um die es geht, voll bewusst ist und eindeutig zur Trägerin der Europaideale wird. Die freien Gewerkschaften betrachten ein energisches Eintreten der Arbeitnehmerschaft für wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit als eine ihrer dringenden Aufgaben. Die ERO fordert die Landeszentralen auf, durch ständige Propaganda den europäischen Gedanken insbesondere unter ihren Mitgliedern zu verbreiten und zu stärken, um durch diese stetig wachsende Macht auf wankelmütige und zögernde Regierungen Einfluss zu nehmen und somit einen ununterbrochenen Fortschritt in Richtung der europäischen Vereinigung zu gewährleisten.
18. Die Vorschläge von Messina, wie alle Initiativen zur europäischen Zusammenarbeit und Integration können nur dann zum Erfolg führen, wenn sie durch die Arbeiterschaft unterstützt werden. Diese Unterstützung kann nur gewährleistet werden, wenn die europäischen Arbeiter, stärker als bisher, durch ihre Organisationen an allen Verhandlungen zur Durchführung solcher Pläne teilnehmen und in entsprechender Weise in allen leitenden, verwaltenden und beratenden Organen dieser Projekte vertreten sind.
19. Die ERO und ihre angeschlossenen Organisationen appellieren an die freien Arbeiter Europas, in dieser Kampagne alle Kräfte zur Erreichung dieser Ziele einzusetzen.

EUROPÄISCHE REGIONAL-ORGANISATION
des I.B.F.G.

Die vier Klauseln der Messina-Resolution bezüglich
der Atom-Energie

Die sechs Unterzeichnerstaaten sind der Ansicht, dass die Errichtung einer gemeinsamen Organisation bearbeitet werden muss, die sowohl die Zuständigkeit wie die Durchführungsmittel erhält, die zur Entwicklung der Atom-Energie für friedliche Zwecke erforderlich sind; die von einzelnen Regierungen mit dritten Staaten getroffenen Abmachungen sind dabei zu berücksichtigen.

Die Durchführungsmittel müssten umfassen:

- a) die Errichtung eines gemeinsamen Fonds, der gespeist wird aus Beiträgen jedes einzelnen Mitgliedstaates und der die Finanzierung der bestehenden oder künftigen Anlagen und Forschungen ermöglicht;
 - b) den freien und ausreichenden Zugang zu den Rohstoffen, den freier Austausch der Kenntnisse und der Spezialisten, der Nebenprodukte und der spezialisierten Ausrüstungen;
 - c) die nicht diskriminierende Ueberlassung der Ergebnisse und die Gewährung finanzieller Beihilfen für ihre Auswertung;
 - d) die Zusammenarbeit mit den Nichtmitgliedstaaten.
-